

# Bauernbund Brandenburg

christlich – konservativ – heimatverbunden

## RUNDBRIEF Dezember 2018



*Winterstimmung auf unserem Mitgliedsbetrieb Briesemeister in Neuholland (Landkreis Oberhavel)*

Bauernbund widerspricht Klöckner: Bäuerliche Landwirtschaft muss sich nicht ändern / Zu Besuch in der Uckermark / Bauernbund gegen südamerikanisches Gensoja und Hormonfleisch / Dürre-hilfe: subventionierte Konkursverschleppung, wenigstens kein Geld für alle / Höfeordnung rechtlich und politisch auf dem richtigen Weg / Bauernbund-Demo: Große Teile Brandenburgs müssen wolfsfreie Zone werden / Bauernbund will Biberpelz und Biberbraten / Schreiben zum Tierschutzplan: Wir haben unsere Tierproduktion im Griff / Bauernbund für Rechte der Milcherzeuger / Bauernbund für Kurskorrektur bei der Kohle / Ungerechtigkeit bei vorzeitiger Altersrente / Notfall-Handbuch für den landwirtschaftlichen Betrieb

**Bauernbund Brandenburg e. V.**

Interessenvertretung  
der bäuerlichen Familienbetriebe  
im Land Brandenburg  
[www.bauernbund-brandenburg.de](http://www.bauernbund-brandenburg.de)

Präsident:

- Marco Hintze, Krielow (PM)

Vorstand:

- Thomas Kiesel, Barsikow (OPR)
- Jens Gerloff, Ganz (OPR)
- Hans-Jürgen Paulsen, Zollchow (UM)
- Manfred Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Lutz Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Carlo Horn, Kagel (LOS)
- Christoph Schilka, Guhrow (SPN)
- Marcus Schilka, Guhrow (SPN)
- Max Kirsten, Polzen (EE)
- Reinhard Benke, Mörz (PM)
- Lutz-Uwe Kahn, Kleßen (HVL)

Geschäftsführer:

Reinhard Jung  
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz  
Telefon (038791) 80200  
Telefax (038791) 80201  
[jung@bauernbund-brandenburg.de](mailto:jung@bauernbund-brandenburg.de)

## **Bauernbund widerspricht Ministerin Klöckner: Unsere bäuerliche Landwirtschaft muss sich nicht ändern!**

**Pressemitteilung vom 17. Oktober 2018**

Der Bauernbund Brandenburg hat die Forderung von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zurückgewiesen, die Landwirtschaft müsse ihren Kritikern mit mehr Offenheit gegenübertreten und auf gesellschaftliche Erwartungshaltungen eingehen. Das Gegenteil sei richtig, antwortete Bauernbund-Präsident Marco Hintze, Landwirt aus Krielow im Havelland: "Wir werden fachlichen Unsinn weiter als fachlichen Unsinn bezeichnen und selbstbewusst die ökonomische und ökologische Überlegenheit unserer bäuerlichen Familienbetriebe herausstellen."

Die Volksinitiative gegen Massentierhaltung in Brandenburg habe gezeigt, dass es vielen Tiereschützern überhaupt nicht um die Sache gehe, führte der 46jährige Landwirt aus: "Im Ergebnis werden jetzt nicht industrielle Großmastanlagen verhindert, sondern alle Bauern leiden unter praxisfremden Tierwohl-Auflagen." Durch die von Naturschützern betriebene Ausbreitung der Wölfe werde ausgerechnet die naturnahe Weidetierhaltung bedrängt, Biobauern würden herablassend belehrt, sie könnten keine Zäune bauen. Hintze: "Ein großer Teil dieser so genannten Kritiker will eigentlich gar keine Landwirtschaft und dagegen hilft nicht Offenheit, sondern nur eine Kürzung der Tagesration."

Als gravierende Fehleinschätzung bezeichnete Hintze auch Klöckners Empfehlung, die Landwirtschaft solle sich stärker als innovative Branche darstellen: "Das ganze Hightech-Gedusel mag niemand mehr hören. Natürlich arbeiten wir mit moderner Technik, aber welcher Beruf tut das nicht?" Das Wesen von Landwirtschaft sei vielmehr die Erzeugung von Lebensmitteln durch Bodenfruchtbarkeit, Sonnenenergie und menschliche Arbeit, so der Bauernbund-Präsident: "Das haben wir vor tausend Jahren so gemacht, das werden wir definitiv nicht ändern und deshalb widersprechen wir der Landwirtschaftsministerin mit einem klaren: Weiter so!"

### **Zu Besuch auf drei starken Mitgliedsbetrieben in der Uckermark**



Kein Regen – das Wetter bei unserem Herbsttreffen bot keine Überraschungen. Entsprechend dürrig sahen teilweise auch die Winterkulturen aus. Für die knapp 80 Bauernbund-Mitglieder, die sich am 4. November in die Uckermark aufgemacht hatten, wurde es trotzdem ein toller Tag, und das lag natürlich vor allem an den interessanten Betrieben, die wir besichtigen konnten. In Zollchow empfingen uns Hans-Jürgen (Foto links)

und Viola Paulsen mit Hofnachfolger Martin und seiner Verlobten auf ihrem Milchviehbetrieb und führten uns durch die Anlage, die aus einem konventionellen Stall und einem Stall mit Melkroboter bestand. Auf dem Futtertisch des letzteren war eine große Kaffeetafel aufgebaut und so ließen wir es uns gut gehen, während in der Abkalbebox eine Kuh ihr gerade geborenes Kalb trocken leckte, und zum Abschluss sauste Viola mit dem Nachwuchs im Reifentaxi an uns vorbei Richtung Iglus



(Foto links). Auf der zweiten Station der Reise hatten Matthias und Walter Lindow wegen einer Beerdigung in Süddeutschland leider die Führung absagen müssen. Trotzdem war alles organisiert, so dass wir auf der Hofstelle in Prenzlau-Sabinkenloster am ordentlich aufgereihten Maschinenpark vorbei zu einem Aussichtspunkt über die Grünlandniederung gelangten, in der Teile der Mutterkuhherde zu sehen waren. Und auch wenn der Betriebsspiegel nur verlesen wurde, waren alle beeindruckt von dem, was die Familie hier seit der Wende geschaffen hat. In Potzlow ging es in der Abenddämmerung zunächst in die Seewiesen, wo eine Herde Galloways begutachtet wurde (Foto unten), und danach erklärte Neugründer Marc de la Barré auf seinem Hof im Dorf, wie er seit fünf Jahren zusammen mit Vater Hartmut eine Mutterkuhhaltung mit extensiver Mast und Direktvermarktung aufgebaut hat. Als Inhaber einer ortsansässigen Möbelmanufaktur

ohnehin auf eine eher anspruchsvolle Kundschaft ausgerichtet, liefert der engagierte Jungbauer inzwischen zur Küche gleich das Rindfleisch mit. Die zweite Herde fiel zwar dem unvermeidlichen Sonnenuntergang zum Opfer, aber ein letzter Blick in die dunklen Seewiesen vermittelte noch einmal eine Ahnung von der Schönheit der Landschaft. Bei einem agrarpolitischen Bauernstammtisch, einem leckeren Sauerbraten und vielen persönlichen Gesprächen klang das Treffen in der Gaststätte Kastanienhof aus. (Fotos: Düpsch)



## Bauernbund gegen südamerikanisches Gensoja und Hormonfleisch

### Pressemitteilung vom 5. Dezember 2018

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat sich für einen Abbruch der Freihandelsgespräche mit den Staaten der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur ausgesprochen. "Es ist wenig glaubwürdig, wenn die Bundesregierung unsere heimische Landwirtschaft mit kleinkarierten und oftmals sinnlosen Dünge- oder Tierwohlauflagen überzieht, aber für genmanipuliertes Soja und hormonbehandeltes Rindfleisch aus Brasilien und Argentinien werden die Grenzen großzügig aufgemacht", stellte Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel fest. Aufgabe einer Regierung sei es vielmehr, die Verbraucher vor minderwertigen Produkten aus Übersee zu schützen, so der 47jährige Landwirt aus Barsikow im Ruppiner Land: "Die für nächste Woche geplante neue Verhandlungsrunde in Montevideo muss daher mindestens so lange ausgesetzt werden bis die Mercosur-Staaten in der Lage sind, unseren Qualitätsanforderungen gerecht zu werden."

Dabei spricht sich der Bauernbund nicht grundsätzlich gegen Agrarimporte aus. "Bei Kaffee und Bananen wird es wenig Alternativen geben, aber alle Produkte, die wir hier auch selbst erzeugen können, müssen in den Exportländern zu denselben sozialen und ökologischen Standards produziert werden wie bei uns", so Kiesel weiter: "Wir deutschen Bauern fürchten nicht den weltweiten Wettbewerb, aber wir wollen auch nicht konkurrieren mit der Ausbeutung von Mensch und Natur."

*Unsere Kritik an der Dürrehilfe konnten wir auch in den letzten Monaten wieder in vielen Medien unterbringen, Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion auf RBB Antenne Brandenburg. Politik und Öffentlichkeit sind sensibilisiert, wir bleiben 2019 dran am Thema Risikoabsicherung.*

## **Bauernbund kritisiert geplante Dürrehilfe als subventionierte Konkursverschleppung**

**Pressemitteilung vom 6. Oktober 2018**

Der Bauernbund Brandenburg hat die zwischen Bund und Ländern ausgehandelte Dürrehilfe als "subventionierte Konkursverschleppung" bezeichnet. Die vorgestern unterzeichnete Verwaltungsvereinbarung Sorge dafür, dass das Geld vorrangig an Betriebe ausgezahlt werde, die schlecht gewirtschaftet haben, kritisierte Bauernbund-Vorstand Jens Gerloff, Landwirt aus Teetz in der Prignitz: "Die Anforderungen an Existenzgefährdung sind geradezu zugeschnitten auf die hochmodernen Vorzeigebetriebe des Bauernverbandes, bei denen in den vergangenen Jahren alles gewachsen ist, nur nicht das Eigenkapital."

Die vom Bauernbund ursprünglich befürchtete Wettbewerbsverzerrung zugunsten der großen Agrargesellschaften hingegen sei ausgeblieben. "Erstmals wird bei der Beurteilung der Notlage nicht nur das Privatvermögen der Bauernfamilien berücksichtigt, sondern auch die Anteilseigner von juristischen Personen müssen ihre Vermögensverhältnisse offenlegen", so Gerloff. Der Bauernbund rechnet daher trotz schwerwiegender Schäden durch die extreme Dürre des Jahres 2018 nicht damit, dass das Programm von vielen brandenburgischen Landwirtschaftsbetrieben in Anspruch genommen werden kann.

"95 Prozent der deutschen Bauern sehen von den Klöckner-Millionen keinen Cent, aber am Grillfeuer beim Nachbarn sind wir es, die sich die dummen Sprüche anhören müssen, die Landwirtschaft bräuchte nur jammern und schon fließt Geld", resümiert Gerloff: "Dann schon besser gar keine Dürrehilfe."

## **Bauernbund zur Dürrehilfe: Wenigstens kein Geld für alle ...**

**Pressemitteilung vom 26. Oktober 2018**

Der Bauernbund hat sich positiv über das heute freigeschaltete Antragsverfahren zur Dürrehilfe in Brandenburg geäußert. "Wahrscheinlich gibt es kein Geld, aber das wenigstens für alle", sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Erstmals müssen bei der Bedürftigkeitsprüfung nicht mehr nur die bäuerlichen Familienbetriebe ihre finanziellen Reserven offenlegen, sondern auch die Gesellschafter der Großbetriebe, freut sich der 53jährige Nebenerwerbs-Landwirt aus Lennewitz in der Prignitz: "Wir wissen, dass sich Agrarminister Jörg Vogelsänger und der Bundestagsabgeordnete Hans von der Marwitz sehr für diese Regelung eingesetzt haben, durch die unsere Bauernhöfe nicht mehr benachteiligt werden. Damit ist eine langjährige Forderung des Bauernbundes erfüllt worden."

Als unbegründet wies Jung die Kritik des Landesbauernverbandes am Antragsverfahren zurück: "Dass der Verband sich erst beschwert, wenn die Agrargenossen sich nicht mehr arm rechnen dürfen, zeigt doch wunderbar, wessen Interessen er eigentlich vertritt." Die vorgetragene Klage des Landesbauernverbandes, aufgrund der Regelung wären die Gesellschafter der Großbetriebe womöglich auf Sozialhilfe angewiesen, sei an Lächerlichkeit nicht zu überbieten.

Da Bund und Länder angesichts der schlimmsten Missernte seit vierzig Jahren nicht in der Lage sind, eine Dürrehilfe aufzulegen, die unbürokratisch allen betroffenen Landwirten zugute kommt, sei es vermutlich besser, auf solche Hilfsprogramme künftig ganz zu verzichten, meint der Bauernbund. Jedenfalls müsse die praktische Umsetzung der Dürrehilfe im kommenden Jahr 2019 exakt ausgewertet werden, fordert Jung: "Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, wieviel von den Millionen abgerufen wurden und vom wem und wieviel Prozent gar nichts bekommen haben."

*Seit das Projekt Höfeordnung der Ministerialbürokratie entzogen ist und beim Landtag liegt, geht es zügig voran: Am 5. September fand im Agrarausschuss eine Anhörung zum Gesetzentwurf statt. Durch die brillanten Vorträge der von uns vermittelten Rechtsanwälte Jens Haarstrich und Bernd von Garmissen und die klaren Worte unseres Mitglieds Hans-Ulrich Peters aus Löhme konnten die Abgeordneten davon überzeugt werden, das Gesetzesvorhaben konstruktiv weiter zu verfolgen. Die Bedenkenräger, vertreten durch die Notarkammer, blamierten sich mit unseriösen Zahlenspielchen bis auf die Knochen. Am 15. November haben wir mit den Referenten von SPD, CDU und Linken, dem Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes Marc Lechleitner und dem Rechtsanwalt Ulrich Böcker die noch offenen Fragen beraten und in allen Punkten gangbare Wege entwickelt, die inzwischen von den Fraktionen bestätigt wurden. Am 29. November haben wir in einer vierseitigen Stellungnahme, der unter anderem eine ausführliche betriebsökonomische Darstellung des Steuerberaters Otte Kimme zugrunde liegt, die Erforderlichkeit des Gesetzes bzw. der Änderungswünsche am Entwurf begründet. Alle Dokumente können bei Interesse über die Geschäftsstelle angefordert werden (Telefon 038791-80200), hier kommt der Kürze halber nur unser Auftritt bei der Anhörung:*

## **Höfeordnung rechtlich und politisch auf dem richtigen Weg**

### **Redebeitrag des Geschäftsführers Reinhard Jung im Agrarausschuss am 5. September 2018**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Abgeordnete,

die Höfeordnung ist dem Bauernbund ein Herzensanliegen – und von diesem Herzensanliegen haben wir Sie überzeugen können. Vor drei Jahren haben Sie einen einstimmigen Beschluss gefasst, die Höfeordnung in Brandenburg einzuführen.

Dass der Ausverkauf unserer brandenburgischen Landwirtschaft an überregionale Investoren auf dramatische Weise zunimmt, war damals schon erkennbar. Inzwischen hat eine Studie des renommierten Thünen-Instituts nachgewiesen, was wir immer geahnt und wovon wir stets gewarnt haben: Rund 20 Prozent der Landesfläche werden inzwischen von Betrieben bewirtschaftet, die sich nicht mehr im Eigentum von brandenburgischen Landwirten befinden, Tendenz weiter steigend.

Im Ringen darum, wie wir diese Entwicklung zumindest bremsen, kann die Höfeordnung nur ein Baustein sein. Aber sie kann die bäuerlichen Einzelunternehmen, die rund ein Drittel der Landesfläche bewirtschaften, stabilisieren gegen diesen Ausverkauf: Indem die Höfe 1.) geschlossen vererbt werden und 2.) zu moderaten Konditionen, die den Betrieb nicht über Gebühr wirtschaftlich belasten. Ohne Höfeordnung wird es viele Betriebe geben, wo sich aufgrund der Höhe der im BGB vorgegebenen Abfindungsansprüche unter den Erben niemand bereit finden wird, den Betrieb weiterzuführen, heißt der Hof wird zu Geld gemacht, denn Anleger, die ihr Kapital in brandenburgischem Landwirtschaftsflächen investieren, die werden sich auf jeden Fall finden.

Die Höfeordnung ist ein klares, einfaches, in vier nordwestdeutschen Bundesländern seit langem bewährtes landwirtschaftliches Erbrecht, das für unsere jungen Bauern Voraussetzungen schafft, die Höfe erfolgreich weiter zu führen, und das damit auf seine Weise dazu beitragen kann, dass brandenburgische Landwirtschaft in der Hand von Brandenburgern bleibt. Darüber waren wir uns einig über alle Parteigrenzen und über alle Verbandsgrenzen hinweg, und diese Einigkeit hat uns geholfen auf dem langen Weg bis zu dieser Anhörung.

Und es war ein geradezu absurd langer Weg bis hierhin. Über diejenigen, die für die immer neuen Probleme und Verzögerungen Verantwortung tragen, und deren Motive möchte ich nicht öffentlich spekulieren. Ein bisschen etwas von den Irrungen und Wirrungen der letzten drei Jahre schimmert aber in der Stellungnahme der Notarkammer durch. Dass ein Gesetz, das in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen seit 70 Jahren gilt, dass dieses Gesetz ausgerechnet in Brandenburg verfassungs- und europarechtswidrig sein soll, liebe Notare, dafür können

Sie noch so viele komplizierte Begründungen wortgewaltig auftürmen, das glaube ich Ihnen einfach nicht – und das haben Ihnen die Abgeordneten glücklicherweise auch nicht geglaubt, sonst säßen wir nicht hier und würden nicht über den Gesetzentwurf zur Brandenburgischen Höfeordnung sprechen.

Unsere Stellungnahme haben wir bereits Ende 2017 abgegeben, und zwar gemeinsam mit dem Landesbauernverband und den Familienbetrieben Land und Forst. Wir haben den Gesetzentwurf grundsätzlich begrüßt und in drei Punkten Änderungswünsche geltend gemacht: 1.) Einfügung einer Verfahrensordnung, 2.) Ersatzwirtschaftswert als Bemessungsgrundlage für die Abfindung der weichenden Erben, 3.) Beibehaltung der geschlossenen Vererbung.



Die gemeinsame Stellungnahme der brandenburgischen Verbände beschreibt die wenigen notwendigen Nachbesserungen präzise und begründet sie, ich spare es mir, sie zu wiederholen.

Zum Abschluss noch eine persönliche Bemerkung zu dem zentralen Thema, nämlich wie mit den weichenden Erben umgegangen wird. Es geht bei der Hofübergabe um Geld, manchmal um richtig viel Geld. Ich bin mit einer weichenden Erbin verheiratet, wenn mein Schwager, der ein toller Bauer ist, den Hof nicht weitergeführt hätte, hätten wir einige hunderttausend Euro mehr in der Familienkasse gehabt, das wäre nicht zu verachten gewesen. Daher halte ich die Frage durchaus für berechtigt, ob das gesellschaftliche Interesse an der Erhaltung leistungsfähiger Höfe das Privatinteresse der Erben in dieser Weise einschränken darf, ganz unabhängig von der rechtlichen Bewertung.

Liebe Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, ich mag alte Bauernhäuser. Über den Dientoren gibt es oft Inschriften wie zum Beispiel "Wer Gott vertraut hat wohl gebaut im Himmel und auf Erden Anno 1738". Auf einer Radtour durch die Lüneburger Heide in den 1980er Jahren sah ich mehrere Inschriften "Was Du ererbt von Deinen Vätern erwirb es um es zu besitzen." Den Spruch fand ich seltsam – wenn ich etwas geerbt habe, gehört es doch mir? Damals gab es noch kein Google, und so fragte ich meinen Vater, der war Lehrer und mithin ein wandelndes Lexikon, und er konnte mir auch gleich sagen, dass der Spruch aus Goethes Faust stammt und vollständig so lautet: "Was du ererbt deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen. Was man nicht nützt, ist eine schwere Last. Nur was der Augenblick erschafft, das kann er nützen."

Ein Erbe verprassen, das geht schnell. Ein Erbe besitzen, so hat mein Vater es mir erklärt, kann man aber nur, wenn man sich des Erbes als würdig erweist, indem man es nutzt. Man erwirbt es quasi durch eigene Leistung, indem man etwas mit dem Ererbten macht. Ein tief sinniger, guter Gedanke, der auch dem norddeutschen Anerbenrecht zugrunde liegt und sich folgerichtig in der Höfeordnung wiederfindet: Wer den Hof erbt, also ein großes Vermögen übernimmt, muss sich nicht nur um die Alten kümmern, sondern er darf über das Vermögen erst dann frei verfügen – es also besitzen – wenn er es mindestens zwanzig Jahre bewirtschaftet und damit im Schweiß seines Angesichts erworben hat. Anderenfalls muss er die weichenden Erben vollständig nachabfinden, und zwar zum Verkehrswert. Die Höfeordnung bevorteilt auf diese Weise einen Erben, aber sie bürdet ihm auch eine Menge auf, und das ist nur gerecht, denn sie dient ja einem Zweck: Dass wir in Brandenburg auch künftig als wichtigen Bestandteil unserer Agrarstruktur viele leistungsfähige Bauernhöfe haben und diese nicht von Heuschrecken aufgekauft werden.

Deshalb, liebe Abgeordnete: Sie sind mit dieser Höfeordnung und den paar Änderungen nicht nur rechtlich, sondern auch politisch absolut auf dem richtigen Weg, und der Bauernbund wird alles erdenkliche dafür tun, Sie unterstützen, dass wir das Projekt noch in dieser Legislaturperiode zu einem guten Ende bringen.



## Bauernbund-Demo in Potsdam: Große Teile Brandenburgs müssen wolfsfreie Zone werden!

Pressemitteilung vom 10. November 2018

Rund 320 Menschen haben heute auf der Demonstration des Bauernbundes Brandenburg vor dem Landtag in Potsdam gegen die Ausbreitung der Wölfe protestiert. "Wir fordern die Landesregierung auf, große Teile unseres Landes zur wolfsfreien Zone zu machen", sagte Bauernbund-Präsident Marco Hintze, Landwirt aus Krielow im Havelland: "Überall, wo Menschen und Weidetiere sind, müssen Wölfe konsequent gejagt werden, und zwar sofort." Brandenburg habe eine viermal so hohe Wolfsdichte wie Schweden und in Schweden werde scharf geschossen, so Hintze.

Vor einer "systematischen Verharmlosung" des Großraubtiers warnte Forstwirt Christoph Rechberg aus Plattenburg: "Es ist eine Illusion zu glauben, die Wolfspopulation würde sich irgendwann selbst regulieren oder es gäbe andere Möglichkeiten sich dagegen zu schützen als mit dem Gewehr." Biolandwirt Reinhard Jung berichtete von seinem Fachwerkbauernhof in Lennewitz, wo er die alte Nutztier rasse Rotbuntes Niederungsvieh züchtet: "Wir haben uns hier ein Paradies geschaffen und das lassen wir uns nicht kaputt machen von einer reißenden Bestie, die unsere Vorfahren aus gutem Grund ausgerottet haben."

Angesichts von inzwischen mehr als 14.000 Wölfen in Europa mahnte Gregor Beyer vom Forum Natur an, den strengen Schutz für den Wolf zu lockern und ihn in das Jagdrecht aufzunehmen: "Für eine einzelne Art den Niedergang der Weidetierhaltung zu riskieren, die ihrerseits Lebensraum für viele seltene Tiere und Pflanzen bietet, ist unverantwortlich." Und Mario Borchert vom Netzwerk Wolfsfreie Städte und Gemeinden kündigte an, im Landtagswahljahr 2019 den Druck der Basis auf die Landesregierung zu erhöhen: "Die Menschen auf dem Lande wollen endlich eine Reduzierung der Wölfe. Wir lassen uns nicht mehr für dumm verkaufen."

*Da stehen sie – Christoph Rechberg mit dem Mikrofon, Reinhard Jung, Gregor Beyer, Mario Borchert und Marco Hintze (v. l. n. r.) auf dem Heuhänger, den unser Mitglied Karl-Heinz Rathenow mitsamt Transparenten und Bühnentechnik pünktlich auf dem Alten Markt in Potsdam plazierte, die Polizei war da, die Ordner trugen Ordnerbinde, die Bratwürste lagen auf dem Grill, die Jäglitzer Jagdhörner starteten ins Vorprogramm mit einem*





*schmissigen "Auf, auf, zum fröhlichen Jagen" ... und wie die Reden waren, kann man sich heute in voller Länge auf [wolfsfreiezone.de](http://wolfsfreiezone.de) unter dem Punkt "Protest" anschauen. Nur voll kriegen wir den Alten Markt nachträglich nicht mehr, und so muss man im Nachgang nüchtern feststellen, dass die Demonstration, obgleich organisatorisch und inhaltlich gelungen, nicht das Signal ausgesendet hat, das wir uns gewünscht hätten. Die Medienresonanz, die über die Teilnahme von rbb und dpa durchaus das Potenzial für bundesweite Aufmerksamkeit gehabt hätte, fiel entsprechend regional aus. Also, es war nicht umsonst, und allen Beteiligten sei auch auf diesem Wege nochmal herzlich gedankt für ihr großes Engagement, aber aufgrund der enttäuschenden Teilnehmerzahl müssen wir uns natürlich Gedanken machen, wie wir in Zukunft effizienter weiter arbeiten.*



*Viel Zeit bleibt nicht mehr angesichts von inzwischen zugegebenermaßen 37 Wolfsrudeln im Land. Wenn wir 2019 einen neuen Anlauf unternehmen, wird wahrscheinlich die öffentlichkeitswirksame Erklärung von Städten und Gemeinden zur Wolfsfreien Zone, verbunden mit den entsprechenden Forderungen an die Landesregierung, eine große Rolle spielen. Wie viele Kommunen einen solchen Beschluss bereits gefasst haben, behalten wir vorerst noch für uns, aber soviel kann gesagt werden: Dank des unermüdlichen Einsatzes von Mario*

*Borchert geht es zur Zeit zügig voran. Und wie könnte sich der Widerstand im ländlichen Raum eindrücklicher artikulieren als durch demokratische Beschlüsse seiner Gebietskörperschaften?*

*Im Dezember finden in Potsdam erstmal wieder Verhandlungen über eine Fortschreibung des Wolfsmanagementplans statt. Hier vertritt Frank Michelchen den Bauernbund. Weil die Fronten verhärtet sind hat die Landesregierung diesmal einen externen Moderator verpflichtet. Wir werden keinen Zweifel daran lassen, dass wir erwarten, dass vor der Landtagswahl im September 2019 in Brandenburg Wölfe geschossen werden. (Fotos: Beyer, Weichenhan)*

## **Bauernbund will Biberpelz und Biberbraten**

### **Pressemitteilung vom 4. Oktober 2018**

Der Bauernbund Brandenburg hat erneut von der Landesregierung Maßnahmen gegen die Biberplage gefordert. Bis auf mehrere zehntausend tote Bäume habe der Biber in diesem Jahr zwar wenig Schaden angerichtet, räumt Bauernbund-Vorstand Lutz Wercham ein: "Das lag allerdings nur daran, dass 2018 Überschwemmungen mangels Regen fast unmöglich waren." Die Vermehrung des Schadnagers gehe jedoch unvermindert weiter, warnt der 32jährige Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderbruch, in den kommenden Jahren sei mit einer zunehmenden Versumpfung weiter Landstriche zu rechnen.

Dringend notwendig ist aus Sicht des Bauernbundes daher, dass die Biberverordnung endlich praxisnah ausgestaltet wird. "Wo Entnahmen durch die Naturschutzbehörden genehmigt wurden, muss der Abschuss künftig ganzjährig und flächendeckend möglich sein", verlangt Wercham. Außerdem seien zusätzliche Anreize für die Jäger erforderlich, etwa eine Abschussprämie oder die Erlaubnis der Vermarktung: "Der Landwirtschaftsminister sollte Biberpelz und Biberbraten als regionale Spezialitäten auf der nächsten Grünen Woche vorstellen."

An der Biberplage zeige sich das ganze Versagen der brandenburgischen Naturschutzpolitik, so Wercham: "Wenn eine Art nicht mehr vom Aussterben bedroht ist, muss sie zügig reguliert werden – mit jedem Jahr der Untätigkeit steigt der Aufwand dafür weiter an, und wir Landwirte haben es am Ende auszubaden."

## Bäuerliche Familienbetriebe haben Tierproduktion im Griff

### Schreiben unseres Präsidenten Marco Hintze an die Minister für Umwelt und Landwirtschaft sowie für Justiz und Verbraucherschutz vom 3. September 2018

Sehr geehrter Herr Vogelsänger, sehr geehrter Herr Ludwig,

der Bauernbund Brandenburg hat konstruktiv an den Arbeitsgruppen zum Tierschutzplan mitgewirkt und den Tierschutzplan mitgetragen. Zur Zeit habe ich allerdings den Eindruck, dass in der Umsetzung einiges aus dem Ruder läuft und möchte Ihnen drei Problembereiche vortragen:

- Auf der Sitzung des Lenkungsgremiums zum Tierschutzplan am 10. November 2017 wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass 1.) die Ausbildung zum Landwirt oder Tierwirt als Sachkundennachweis im Sinne des Tierschutzplans gilt und dass 2.) Empfehlungen des Tierschutzplans dahingehend zu verstehen sind, dass sich die Rahmenbedingungen der Tierhaltung in diese Richtung entwickeln sollen, ohne dass daraus unmittelbar ordnungsrechtliche Konsequenzen folgen. Diese beiden für unsere Zustimmung und künftige Mitarbeit wichtigen Beschlüsse finden sich bislang in keinem offiziellen Dokument wieder. Auf mehrmalige schriftliche Intervention unseres Geschäftsführers erhielt dieser nur ein ausweichendes Antwortschreiben.
- Im Tierschutzplan wurde – mit unserer Zustimmung – die Einrichtung eines Tiergesundheitsdienstes vereinbart, der auf freiwilliger Basis Betriebe in Fragen von Tierhygiene, Stallklima und Tierhaltung beraten soll. Dieser ist ab 2020 über den Landeshaushalt zu realisieren. Jetzt erfahren wir, dass dieses Projekt der Tierseuchenkasse übergeholfen werden soll, das heißt wir Tierhalter sollen es bezahlen. Hier hört unser Verständnis auf. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe haben ihre Tierproduktion im Griff und sind nicht bereit, für die Beratung von unprofessionellen Hobbyhaltern oder minderqualifizierten Fremdarbeitskräften in Großmastanlagen Geld auszugeben. Da dies offensichtlich ein gesellschaftliches Anliegen ist, sollte nach unserer Auffassung auch der Steuerzahler dafür aufkommen. Wenn gleichzeitig für die Umsetzung des Tierschutzplans sieben neue Verwaltungsstellen geschaffen wurden, scheint ja Geld genug in den öffentlichen Haushalten zur Verfügung zu stehen.
- Für die erste Sitzung des Beirates zum Tierschutzplan hatte unser Geschäftsführer den folgenden Tagesordnungspunkt vorgeschlagen: Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu dem Thema "Verteidigung bestehender Tierschutzstandards: Bedrohung ökonomisch funktionierender besonders artgerechter Nutztierhaltungssysteme durch die Ausbreitung der Wölfe und die Verhängung der Stallpflicht für Freilandgeflügel sowie Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohung". Diesen Punkt hatten wir bereits während der Erarbeitung des Tierschutzplans mehrfach vorgebracht und hatten den Eindruck, dass er nur zurückgestellt wurde, um bestimmte beteiligte Gruppen nicht zu verstimmen. Wenn wir jedoch das wichtige Anliegen Tierschutz ernsthaft betrachten wollen, gibt es aus unserer Sicht keinen Grund, eine Befassung mit dem Thema weiter aufzuschieben. Dass unser Vorschlag nicht auf der Tagesordnung der Beiratssitzung am 12. September steht, müssen wir daher als Affront empfinden.

Ich möchte erneut betonen, dass wir dem Tierschutzplan grundsätzlich positiv gegenüberstehen, auch weil wir den gesellschaftlichen Diskussionsprozess über eine artgerechte Nutztierhaltung begrüßen und als bäuerliche Familienbetriebe diesem Thema in der Praxis ganz selbstverständlich hohen Stellenwert beimessen. Deshalb möchten wir auch weiterhin konstruktiv an der Umsetzung mitwirken. Wir erwarten jedoch, dass wir fair behandelt werden und dass auf allen Seiten auch ein reales fachliches Interesse am Tierschutz besteht.

Mit freundlichen Grüßen  
Marco Hintze Präsident

*Intensive Lobbyarbeit im Bundestag haben wir in den letzten Monaten geleistet, um für die Milcherzeuger faire Wettbewerbsbedingungen zu erreichen. Nachdem wir bei der CDU/CSU mehrere Anläufe unternommen haben und immer am Einfluss des Bauernverbandes gescheitert sind, werden wir uns im kommenden Jahr wohl nach anderen Gesprächspartnern umsehen müssen ...*

## **Bauernbund verlangt Entscheidung für die Rechte der Milcherzeuger**

**Pressemitteilung vom 28. November 2018**



Der Bauernbund Brandenburg hat die Ankündigung von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, in Kürze über Mindeststandards für Milchlieferverträge entscheiden zu wollen, als "hoffentlich letzte Ankündigung" bezeichnet. "Seit Jahren drohen deutsche Agrarminister der Branche, die Stellung der Milcherzeuger zu stärken, indem Preise und Mengen vorab verhandelt werden müssen, seit Jahren verhindert die Milchindustrie-Lobby jede Änderung der Vertragsbeziehungen", kritisiert Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen. Erfolgreiche Agrarpolitik erkenne man aber nicht an Ankündigungen, sondern an Taten, merkt der 54jährige Milchbauer aus Zollchow in der Uckermark an.

Nach wie vor verpflichten Milchlieferverträge die Erzeuger, ihre komplette Milchmenge an eine Molkerei abzuliefern, ohne dass dafür vorab ein Preis vereinbart worden wäre. "Erst Monate später erfahren wir, was wir für unser Produkt bekommen", beschreibt Paulsen die gängige Praxis: "Das ist keine Marktwirtschaft, sondern Mittelalter." Aufgrund Artikel 148 der Europäischen Marktordnung könnte die Bundesregierung den Abschluss von Verträgen mit Menge und Preis vorschreiben und damit einen funktionierenden Wettbewerb ermöglichen. Der Landtag Brandenburg hat sich mit Mehrheit von SPD, CDU, Linken und Grünen bereits für eine solche Regelung ausgesprochen, die Agrarministerkonferenz hat die Bundesregierung mehrfach zum Handeln aufgefordert. Paulsen: "Frau Klöckner hat die Chance, bei einem agrarpolitischen Dauerthema zu zeigen, dass die Große Koalition handlungsfähig ist."

## **Bauernbund fordert Kurskorrektur bei Kohle: Proschim bleibt!**

**Pressemitteilung vom 19. November 2018**

Anlässlich des heutigen Treffens des brandenburgischen und sächsischen Ministerpräsidenten mit kommunalen Vertretern in der so genannten "Lausitzrunde" hat der Bauernbund Brandenburg seine Auffassung bekräftigt, dass in der Region kein weiteres Dorf dem Tagebau zum Opfer fallen dürfe. "Der Braunkohleplan Welzow Süd 2 war ein energiepolitischer Fehler und muss umgehend revidiert werden", forderte Bauernbund-Vorstand Lutz-Uwe Kahn: "Von der Landesregierung erwarten wir die klare Aussage, dass Proschim bleibt. Das Recht auf Heimat und Eigentum muss Vorrang haben vor den Profitinteressen eines ausländischen Energiekonzerns."

Die Braunkohleverstromung sei eine Technologie von gestern, so Kahn weiter. Bei der kommende Woche beginnenden Verhandlungsrunde der Kohlekommission sollte der Sicherung landwirtschaftlicher Flächen deshalb mehr Bedeutung eingeräumt werden als bisher, argumentiert der 62jährige Landwirt aus Kleeßen im Havelland: "Die auf Dauer angelegte Nutzung von Äckern, Wiesen und Wäldern hat langfristig gesehen einen deutlich höheren ökonomischen Wert als die einmalige Auskohlung." Dabei entstehende Kippenböden seien aus landwirtschaftlicher Sicht minderwertig, würden auf unabsehbare Zeit keinen nennenswerten Ertrag bringen, bemängelt der Bauernbund.

*Das Landwirtschaftliche Sozialversicherungssystem bietet immer wieder Anlass zu Kritik. Dass das Bundesverfassungsgericht kürzlich die völlig absurde Hofabgabeklausel kassiert hat, ist ein großer Erfolg, zu dem wir den Klägern nur herzlich gratulieren können. Nachfolgend eine Intervention des Geschäftsführers in einem speziellen Fall, in dem wir uns an die Prignitzer Bundestagsabgeordnete gewandt haben mit Bitte um Unterstützung.*

## **Ungerechtigkeit für Landwirte bei der vorzeitigen Altersrente**

Sehr geehrte Frau Ziegler,

heute möchte ich mich mit einem Anliegen an Sie wenden, das keine große Agrarpolitik ist, sondern eine kleine Ungerechtigkeit am Rande, die gleichwohl vor allem ostdeutsche Landwirte trifft und deshalb für uns als Berufsvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Brandenburg eine gewisse Relevanz hat.

Kürzlich wandte sich ein Landwirt aus der Prignitz an mich und schilderte mir seinen Fall. Der Landwirt beantragte 2018 die vorzeitige Altersrente für langjährig Versicherte. Seine Versicherungszeiten waren wie folgt: 1971 bis 1994 Rentenversicherung der DDR bzw. Deutsche Rentenversicherung (als Beschäftigter auf der LPG bzw. selbständiger Landwirt) / 1995 bis 2013 Landwirtschaftliche Alterskasse (als selbständiger Landwirt) / 2013 bis 2018 Deutsche Rentenversicherung (nach Hofübergabe als Beschäftigter bei seinem Sohn). Die Landwirtschaftliche Alterskasse erkennt die Wartezeit von 45 Jahren in gesetzlichen Rentenversicherungssystemen an und zahlt eine Rente von rund 270 Euro monatlich. Die Deutsche Rentenversicherung erkennt die Wartezeit von 45 Jahren in gesetzlichen Rentenversicherungssystemen nicht an und zahlt keine Rente, weil der Landwirt keine 35 Jahre bei der Rentenversicherung der DDR bzw. der Deutschen Rentenversicherung versichert war. Sie kündigt an, dass mit Erreichen des Renteneintrittsalters 2020 eine Rente von rund 520 Euro monatlich gezahlt wird.

Im Ergebnis wird dem Prignitzer Landwirt zwei Jahre die vorzeitige Altersrente vorenthalten, obwohl er sein ganzes Arbeitsleben in gesetzlichen Rentenversicherungen pflichtversichert war. Dies ist unlogisch und ungerecht, aber nach meinen Recherchen bislang rechtlich korrekt aufgrund der geltenden Bestimmungen. Begründet wird die Abweichung mit der Eigenständigkeit der landwirtschaftlichen Alterssicherung als großzügig vom Staat bezuschusste gesetzliche Rentenversicherung für selbständige Unternehmer. Allerdings ist diese Begründung aus meiner Sicht nicht sehr stichhaltig: Zum einen federt der Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Alterssicherung vor allem in Westdeutschland einen landwirtschaftlichen Strukturwandel ab, der agrarpolitisch durchaus umstritten ist und der durch Freisetzung zahlloser junger gesunder Beitragszahler andersherum auch die Deutsche Rentenversicherung finanziell entlastet. Zum anderen war das selbständige Unternehmertum des Versicherten insoweit erheblich eingeschränkt, dass er jedenfalls im Hinblick auf die Wahl seiner Alterssicherung nicht frei entscheiden konnte, sondern in besagte gesetzliche Rentenversicherungen einzahlen musste.

Es gibt nicht sehr viele Landwirte, die die vorzeitige Altersrente in Anspruch nehmen, im Gegenteil arbeiten viele bis weit über das Erreichen des Renteneintrittsalters hinaus. Meistens sind es sehr ernsthafte gesundheitliche Probleme, die einen Landwirt zu diesem Schritt veranlassen, so auch in diesem Fall. Das Problem, dass dann die vorzeitige Altersrente durch die Deutsche Rentenversicherung nicht gezahlt wird, tritt aufgrund der gebrochenen Biografien fast ausschließlich in den neuen Bundesländern auf. Da es sich hierbei meines Erachtens um eine Ungerechtigkeit handelt und die Zuständigkeit dafür bei einem sozialdemokratisch geführten Ministerium liegt, wäre es wunderbar, wenn Sie dieses Thema aufgreifen und mit Ihren Möglichkeiten eine Korrektur veranlassen würden.

Mit freundlichen Grüßen  
Reinhard Jung

Entspricht den Vorgaben  
der Düngemittelverordnung!

PLOCHER®

... aus Gülle wird  
Flüssighumus  
= Blattdünger

- Blattdünger mit fungizider Wirkung
- Stabilisierter Stickstoff

WERTTRANSPORT

Einfacher  
geht's nicht!

plocher  
flüssighumus

Aerobe Aufarbeitung von Rindergülle -  
zu Flüssighumus bereits im Stall!



PLOCHER-Stall

NH<sub>3</sub>: min. 2 ppm  
max. 9 ppm

Kein Aufrühren nötig!



KONTROLL-Stall

NH<sub>3</sub>: min. 7 ppm  
max. 19 ppm

2 x pro Woche muss die Gülle  
gerührt werden.  
Spitzenwert beim Aufrühren:  
NH<sub>3</sub>: 37 ppm!

**Vergleich der Ammoniakwerte (NH<sub>3</sub>):**

Die Messungen wurden direkt über den Spalten an 10 Stellen im  
gesamten Stall durchgeführt. Das Messgerät wurde für Tierärzte,  
landwirtschaftliche Behörden und Firmen entwickelt.

Güllezusatz für alle Tierarten  
auf Basis von Melasse oder Calciumcarbonat

Aerobe Aufbereitung (Rotte)  
von Gülle und Jauche  
zu wertvollem Flüssighumus

- schneller Humusaufbau
- keine Gülleflora
- Grundwasser wird geschützt
- freie Fließkanäle, wenig Fliegen
- gute Stallhygiene
- **stinkt nicht**
- Tierwohl



PLOCHER GmbH • integral-technik • Torenstr. 26 • DE-88709 Meersburg  
Telefon 0 75 32/43 33-0 • Fax 43 33-10 • info@plocher.de • www.plocher.de



## **Sinnvoll: Notfall-Handbuch für den landwirtschaftlichen Betrieb**

Leider lässt es sich nicht ausschließen, dass der Betriebsleiter oder die Betriebsleiterin aufgrund von Erkrankung oder Unfall ausfallen kann. Das sind nicht vorhersehbare, nicht planbare Umstände. Dann bricht neben dem persönlichen Unglück auch noch das Chaos im Betrieb aus. Der Kopf macht nicht mehr mit. Um eine solche Situation in den Griff zu bekommen, brauchen wir Strukturen, an denen wir uns entlang hangeln können. Ein fester Ablaufplan gibt uns Kraft zur Konzentration und Entscheidungsfindung. Daher sollten wir in guten Tagen für den Notfall vorsorgen.

Zu den grundlegenden Festlegungen gehört, welche Personen zu informieren sind. Wir müssen wissen, wie sie schnell zu erreichen sind, über Mobiltelefon oder Internet. Festzulegen ist, welche Maßnahmen sofort und unbedingt für die kontinuierliche Weiterführung des Betriebes notwendig sind. Daran hängt die Funktionsfähigkeit des ganzen Betriebes. Bei größeren Betrieben sind die Verantwortlichkeiten für wichtige Abläufe schriftlich festzuhalten. Für den schlimmsten Fall ist auch die Unternehmensnachfolge insgesamt ein Thema.

Zunächst müssen in einem solchen Notfall-Handbuch also die Vertrauenspersonen festgelegt werden, die uns vertreten bzw. im Ernstfall nachfolgen können. Dann geht es an den Bereich der Finanzen. Die Geschäftskonten sind aufzuführen. Ebenso die Vollmachten, mit denen sogleich finanzielle Transaktionen fortgeführt werden können. Die unausbleiblichen monatlichen betrieblichen Zahlungsverpflichtungen sind festzuhalten. Welche Beträge werden unerbittlich monatlich abgebucht, halbjährlich, jährlich? Dazu zählen die Grundsteuer, die Gewässerunterhaltungskosten, die Landwirtschaftliche Sozialversicherung und die betrieblichen Versicherungen, die Pachten. Welche Kredite und Darlehen sind regelmäßig zu bedienen?

Wichtig sind auch die Grundbuchauszüge. Hier sollte gelegentlich nachgesehen werden, ob finanzielle Belastungen, in der Regel Grundschulden, gelöscht werden können, da sie abfinanziert sind. Das macht das Grundbuch übersichtlicher. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Banken fusionieren, private Kreditgeber versterben und die Erben sich weigern, die Freigabe und Löschung von Kreditverbindlichkeiten zu genehmigen.

Betriebliche Daten, wichtige Kunden, Lieferanten, Lieferbeziehungen sind festzuhalten und immer wieder zu aktualisieren. Je nach Situation ist auch ein Verzeichnis anhängiger Rechtsstreitigkeiten aufzuführen. Hier kann es Fristen geben, die unbedingt einzuhalten sind. Aus diesem Grunde sollte auch notiert sein, welcher Rechtsanwalt oder Steuerberater zuständig ist, gegebenenfalls welcher Unternehmensberater. Ebenso sind die jeweiligen Ansprechpartner bei Banken und Sparkassen zu benennen. In der heutigen digitalen Welt sind Passwörter aufzuführen und sonstige Zugangsdaten.

Wer es sehr sorgfältig machen möchte, kann vorab seine persönlichen Wünsche und Vorstellungen niederlegen. Der Betriebsleiter oder die Betriebsleiterin hat Erfahrung über Jahrzehnte. Da kann es hilfreich sein, allgemeine, unverzichtbare Grundsätze und Erfahrungswerte für die Betriebsleitung darzustellen und Vertrauenspersonen – auch von außerhalb der Landwirtschaft – zu benennen, die der Familie verbunden und im Notfall ansprechbar sind.

Für das bevorstehende Weihnachtsfest sind das keine so angenehmen Gedanken, die man sicher gerne verdrängen möchte. Aber vielleicht bleibt zwischen den Tagen Zeit, sich einmal intensiver mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Ein solches Notfall-Handbuch kann auch ohne Notfall sinnvoll sein, weil es einen dazu bringt, den Betrieb in seinen wesentlichen Elementen und Zusammenhängen gedanklich zu strukturieren. Da zu Weihnachten oft die Familien zusammenkommen, kann man sich in dieser Zeit sehr gut offen mit der aufgezeigten Thematik beschäftigen. Nichts ist so eindeutig wie das Wissen darum, dass jeder von uns eines Tages ausfallen wird.

*Dr. Christoph von Katte, Landwirt + Rechtsanwalt, Telefon 0152-59559651, cvkatte@gmail.com*



VER | **SICHER** | UNGS  
KAMMER  
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

*Mein Hof – jeder Hektar ein Abenteuer!*



Die Aufgaben in der Landwirtschaft sind vielfältig. Der Schutz der Versicherungskammer Bayern auch. Wir bieten Ihnen Schutz und Sicherheit aus einer Hand.

**Jetzt neu:** Unsere ErnteSchutz Vario schützt Sie vor Ertragsausfällen, die durch Extremwetterlagen wie Hagel, Sturm, Starkregen, Frost und Trockenheit entstehen.

**Informieren Sie sich bei Thomas Kaukel, Telefon (01 51) 64 10 20 72 oder [thomas.kaukel@vkb.de](mailto:thomas.kaukel@vkb.de) und sichern Sie sich diese wichtige Absicherung.**

**MARKT-NEUHEIT!**

**ErnteSchutz Vario –**  
Individuelle Absicherung  
für Ihre Ernte!

 Finanzgruppe

Hilft bei  
**Extremniederschlägen.**



**ALZON**<sup>®</sup> neo-N //

Der Allwetterdünger



**Jetzt ansehen!**

[www.alzon-neo-N.de/#wirkprinzip](http://www.alzon-neo-N.de/#wirkprinzip)  
+49 (0) 3491 68-3000

**skw.**  
PIESTERITZ

EIN UNTERNEHMEN DER  AGROFERT GROUP